



Niederschrift

17-004. Sitzung des Ausschusses des Kreistages Bergstraße für Schule und Soziales

am Mittwoch, 26.10.2011, 17:15 Uhr bis 18:40 Uhr,
im Raum 22 (2. OG) der Rodensteinschule in Bensheim, Rodensteinstraße 91

Tagesordnung

- Punkt 1 Information des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Thematik "Extremismus - auch ein lokales Phänomen"
- Punkt 2 Berichtsantrag der SPD-Fraktion vom 08. August 2011 zum Thema "Haus der Gesundheit/Gesundheitsamt" und Beantwortung der Fragen des Berichtsantrags
Vorlagen: 17-0189 und 17-0189/1
- Punkt 3 Eigenbetrieb Neue Wege
- Einrichtung eines Örtlichen Beirats gemäß § 18d SGB II
Vorlage: 17-0246/1
- Punkt 4 Erste Evaluation des Pilotprojekts "Das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell"
Vorlage: 17-0250
- Punkt 5 Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Soziale Arbeit an Schulen
Vorlage: 17-0251
- Punkt 6 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 6.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Ganzheitliche Seniorenberatung Statistik 2010
Vorlage: 17-0212
- Punkt 6.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Umsteuerungsprojekt "Familien stärken - Zukunft schaffen" - Dritter Sachstandsbericht
Vorlage: 17-0257

Anwesende:

Ausschussvorsitzender:

Reinhardt, Randoald CDU

Ausschussmitglieder:

Dexler, Kerstin CDU

Fera, Pia CDU

Heitland, Birgit	CDU	(bis zeitweise TOP 4)
Kirchner, Helmut	SPD	in Vertretung für Matthias Baaß
Rothmüller, Josef	SPD	
Wingerter, Sven	SPD	in Vertretung für Eberhard Petri
Fraas, Sabine	GRÜNE	
Schäffer, Manfred	GRÜNE	in Vertretung für Evelyn Berg
Öhlenschläger, Walter	FREIE WÄHLER	(bis zeitweise TOP 4)
Ohl, Gottlieb	FDP	(bis TOP 3)

Fraktionsvertreter/in mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter REP

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter

Gast:

Dr. Iris Pilling, Landesamt für Verfassungsschutz, Wiesbaden (zu TOP 1)

Verwaltung:

Blume, Claudia	Schulabteilung
Mews, Norbert	Jugendamt
Pfaff, Susanne	Jugendamt

Schriftführerin:

Schüßler, Helene Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Vor der Sitzung bestand für die Mitglieder des Ausschusses und weitere Interessierte die Möglichkeit zur Besichtigung des Gebäudes der Rodensteinschule.

Landrat Wilkes informierte zunächst über die Geschichte der Schule und die derzeitige Nutzung des Gebäudes durch die Altenpflegeschule Bergstraße, die Volkshochschule und verschiedene Bensheimer Vereine und Gruppen.

Die Leiterin und Geschäftsführerin der Altenpflegeschule, Frau Berszinski, erläuterte die Rahmenbedingungen der Altenpflegeausbildung in Hessen und schilderte die aktuelle Situation der Altenpflegeschule Bergstraße. Wegen fehlender Räumlichkeiten in der Rodensteinschule könnten weniger neue Kurse angeboten werden als Bedarf bestehe. Derzeit noch ungeklärt sei die zukünftige Unterbringung der Altenpflegeschule, da die Frist der Aufsichtsbehörde betreffend brandschutzrechtlicher Auflagen für das Gebäude zum 31. Dezember 2011 auslaufe.

Anschließend zeigte Frau Berszinski einige der von der Altenpflegeschule genutzten Räume und lud die Ausschussmitglieder zur Feier des 20-jährigen Bestehens der Schule am 2. Dezember 2011 in der Karl-Kübel-Schule mit Festvortrag von Herrn Prof. Böhm ein.

Nach der Besichtigung traf sich der Ausschuss für Schule und Soziales im Raum 22 der Schule zur 17-004. Sitzung des Ausschusses.

Ausschussvorsitzender Reinhardt eröffnete um 17:15 Uhr die Sitzung, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Information des Landesamtes für Verfassungsschutz zur Thematik "Extremismus - auch ein lokales Phänomen"

Frau Dr. Pilling, Landesamt für Verfassungsschutz, gab einen Überblick zu den aktuellen Entwicklungen des Rechts- und Linksextremismus im Kreis Bergstraße, der insgesamt nicht stark von extremistischen Aktivitäten betroffen sei.

Das rechtsextremistische Spektrum im Kreis umfasse die NPD mit ihrem nur wenige Mitglieder umfassenden Kreisverband und neonazistische Gruppen, wobei hier eine Tendenz zu freien Gruppen statt früherer Kameradschaften erkennbar sei. Manche dieser Gruppen träten nur kurzfristig im Internet auf; längerfristig aktive Gruppen in der Region seien unter anderem die Nationalen Sozialisten im Ried und das Aktionsbündnis Rhein-Neckar, dem vorrangig Personen aus Rheinland-Pfalz angehörten. Das Freie Netz Hessen diene dabei der neonazistischen Szene als Internetplattform.

Die linksextremistische Szene sei durch gut ausgebildete junge Personen und autonome Gruppen geprägt. Als Aufhänger für ihre Aktivitäten nutzten diese Gruppen oft sozialpolitische Themen wie beispielsweise die aktuelle Wohnraumknappheit für Studenten. Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Aktionen sei das Outen von Neonazis. Linksextremistische Personen aus dem Kreis gehörten autonomen Gruppen in Universitätsstädten wie Frankfurt und Heidelberg an, aber auch im Kreis Bergstraße gebe es aktive Gruppen wie die Libertärsozialistische Gruppe. Autonome Gruppen zeigten sich häufig in Jugendzentren präsent, z.B. in Bensheim im JUZ Maraldo. Die Partei DIE LINKE stehe weiterhin unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, auch wenn nicht alle Parteimitglieder und -gruppierungen als extremistisch einzustufen seien. Beobachtet würden dabei insbesondere die programmatische Ausrichtung der Partei und ihre Kontakte zu anderen und ausländischen Gruppen.

Frau Dr. Pilling beantwortete Fragen von Ausschussmitgliedern zu einzelnen Punkten ihres Vortrags und bot ihnen umfangreiches Informationsmaterial zum Thema zum Mitnehmen an.

Ausschussvorsitzender Reinhardt dankte abschließend Frau Dr. Pilling für ihre Informationen zum Thema "Rechts- und Linksextremismus".

Punkt 2: **Berichts Antrag der SPD-Fraktion vom 08. August 2011
zum Thema "Haus der Gesundheit/Gesundheitsamt" und
Beantwortung von Fragen des Berichts antrags
Vorlagen: 17-0189 und 17-0189/1**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0189/1 mit der Beantwortung von Fragen des Berichts antrags Kenntnis genommen.

Abgeordneter Rothmüller sah die aktuelle Leitungssituation im Gesundheitsamt als problematisch, da Herr Dr. Zolg als Ruhestandsbeamter nicht berechtigt sei, hoheitliche Tätigkeiten im Bereich des Gesundheitsamtes wahrzunehmen. Er regte, auch zur Absicherung des Kreises, an, eine Stellungnahme des zuständigen Sozialministeriums zur Leitungsproblematik des Gesundheitsamtes einzuholen, und fragte nach dem Stand der Verhandlungen bezüglich eines Beitritts des Kreises zum Zweckverband Verwaltungsverband für das Gesundheitsamt der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg.

Landrat Wilkes verwies auf die derzeitige Schwierigkeit, ärztliches Personal für das öffentliche Gesundheitswesen am Markt zu bekommen, und die diesbezüglichen erfolglosen Bemühungen des Kreises. Das Regierungspräsidium Darmstadt als zuständige Aufsichtsbehörde sei über die aktuelle Leitungssituation im Kreisgesundheitsamt informiert. Die Verhandlungen mit der Stadt Darmstadt und dem Kreis Darmstadt-Dieburg bezüglich eines Beitritts des Kreises zum Zweckverband "Gesundheit" seien intensiviert worden. Darüber hinaus sollte ein Gutachten der KGSt eingeholt werden, ob in einen solchen Zweckverband auch das Veterinärwesen einbezogen werden könnte. Hinsichtlich eines Beitritts weiterer südhessischer Kreise zu diesem Zweckverband seien Gespräche geführt worden, bislang allerdings noch ohne konkrete Ergebnisse.

Zur Gewährleistung der Leistungen des öffentlichen Gesundheitswesens auch im ländlichen Raum plädierte Landrat Wilkes dafür, Zweckverbandslösungen hierfür gesetzlich vorzuschreiben. Weiter sagte er zu, den Ausschuss spätestens bis zum Jahresende über die Entwicklungen im Bereich des Kreisgesundheitsamts zu informieren.

Punkt 3: **Eigenbetrieb Neue Wege
- Einrichtung eines Örtlichen Beirats gemäß § 18d SGB II
Vorlage: 17-0246/1**

Erster Kreisbeigeordneter Metz teilte ergänzend zur Vorlage mit, dass nach der Beschlussfassung im Kreistag die Institutionen um Benennung ihrer Vertretung gebeten werden sollen, damit der Beirat ab Frühjahr 2012 seine Arbeit aufnehmen könne.

Weiter warb er im Ausschuss um Mitwirkung bei dem bestehenden Forum zur Erörterung der arbeitsmarktpolitischen Situation von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Kreis Bergstraße, das offen für alle Interessierten sei und öffentlich tage.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag die Einrichtung eines Örtlichen Beirats gemäß § 18d SGB II in der folgenden Zusammensetzung:

1. der Landrat* oder der für den Aufgabenbereich SGB II zuständige Dezernent des Kreises Bergstraße
2. ein Vertreter des Kreisausschusses
3. ein Vertreter der Bürgermeisterdienstversammlung
4. zwei Vertreter des Kreistages
5. ein Vertreter der Handwerkskammer Rhein-Main
6. ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer Südhessen
7. ein Vertreter des Arbeitgeberverbandes Südhessen
8. ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Südhessen
9. ein Vertreter der Bundesagentur für Arbeit
10. ein Vertreter der Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Kreis Bergstraße
11. ein Vertreter einer Arbeitsloseninitiative
12. ein Vertreter des Personalrates des Kreises Bergstraße
13. die gemäß § 18e SGB II bestellte Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt des Kommunalen Jobcenters
14. ein Vertreter der Gewerkschaft ver.di.

*Für die hier und nachfolgend zur Vereinfachung verwendete männliche Form gilt jeweils auch die weibliche Form.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

Punkt 4: Erste Evaluation des Pilotprojekts "Das Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell" Vorlage: 17-0250

Anhand der der Vorlage 17-0250 als Anlage beigefügten Präsentationsfolien erläuterte Frau Pfaff ausführlich die Ergebnisse der Evaluation des Pilotprojektes "Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell".

Hinsichtlich einer möglichen Fortführung des Projekts nach 2013 erklärte Landrat Wilkes, dass zunächst die Abschlussevaluation abgewartet und dann erst über die Fortführung entschieden werde.

Der Ausschuss für Schule und Soziales fasste folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Soziales empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag nimmt von der Evaluation des Pilotprojektes Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Projekt im Rahmen der Umsteuerung „Familien stärken - Zukunft schaffen“ bis Ende 2013 fortzuführen und im Zuge der Gesamtauswertung einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und ggf. unter welchen Konditionen das Modell als festes Angebot für die Heppenheimer Schulen, Schüler und deren Familien erhalten bleiben kann.

Außerdem beauftragt der Kreistag die Verwaltung, den Vorschlag einer Ausweitung des Modellprojekts auf andere Kommunen zu prüfen."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

**Punkt 5: Strategiepapier zum Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Soziale Arbeit an Schulen
Vorlage: 17-0251**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der Vorlage 17-0251 Kenntnis genommen.

Landrat Wilkes verneinte auf Frage von Abgeordnetem Wingerter die Weitergabe von Mitteln aus dem Bildungs- und Teilhabepaket an Kommunen im Kreis. Die Mittel würden vorrangig zur Förderung von Schulsozialarbeit an Grundschulen eingesetzt und damit partizipierten auch die Kommunen.

Punkt 6: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen

**Punkt 6.1: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Ganzheitliche Seniorenberatung Statistik 2010
Vorlage: 17-0212**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0212 Kenntnis genommen.

**Punkt 6.2: Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Umsteuerungsprojekt "Familien stärken - Zukunft schaffen" - Dritter Sachstandsbericht
Vorlage: 17-0257**

Der Ausschuss für Schule und Soziales hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 17-0257 Kenntnis genommen.

Ausschussvorsitzender Reinhardt schloss um 18:40 Uhr die Sitzung mit Hinweis auf die am 3. November 2011 stattfindende Sitzung des Ausschusses zum Thema "Sicherung und nachhaltige Entwicklung des Krankenhausstandorts und der stationären Versorgung im Kreis Bergstraße".

Unterzeichnung der Niederschrift:

Vorsitzender:
gez. Reinhardt

Schriftführerin:
gez. Schüßler